

**Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**  
**Wortprotokoll**

**98. Sitzung**

**Berlin, den 19.03.2013,  
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus,  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1,  
Sitzungssaal: 4 200.**

**Vorsitz: Ernst Hinsken, MdB**

**Öffentliche Anhörung**

zu der Vorlage

Gesetzentwurf der Bundesregierung  
**Entwurf eines Gesetzes zu dem Handelsübereinkommen vom 26. Juni 2012  
zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits  
sowie Kolumbien und Peru andererseits**

- Drucksache 17/12354 -

**Sachverständiger:**

Gustavo Hernández, Verband lateinamerikanischer Nichtregierungsorganisationen  
für Entwicklungszusammenarbeit  
(Latin America Association of Development Organizations ALOP)

**Beginn der Sitzung: 08:02 Uhr**

Der **Vorsitzende**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie herzlich zur Fortsetzung der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zu der Vorlage des Gesetzentwurfs der Bundesregierung über das Handelsübereinkommen vom 26. Juni 2012 zwischen der Europäischen Union und deren Mitgliedstaaten einerseits sowie Kolumbien und Peru andererseits. Wir haben dieses Thema bereits in einer der letzten Sitzungen beraten. Wir müssen und wollen das heute fortsetzen, nachdem das letzte Mal Herr Hernández witterungsbedingt leider nicht anreisen konnte. Deshalb haben wir nochmals einen weiteren Teil dieser Tagesordnungspunkte aufgesetzt, nämlich einmal die Beratung und zum anderen die Beschlussfassung, um allen hinreichend Zeit zu geben, diesbezüglich Fragen zu stellen, wenn Fragen herangetragen werden. Bereits in der vergangenen Woche waren vier Sachverständige zu diesem Thema zugegen. Heute steht uns als Experte Herr Gustavo Hernández vom Verband lateinamerikanischer Nichtregierungsorganisationen für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung. Herr Jørgensen von der EU-Kommission hat wiederum absagen müssen, so dass wir nur einen Sachverständigen begrüßen können. Aufgrund dessen, so meine ich, kann diese Sitzung zügig durchgeführt werden, weil in erster Linie nur Fragen an Herrn Hernández gestellt werden und diese immer unmittelbar zur Beantwortung kommen werden. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es handelt sich heute um die 98. Sitzung und im Anschluss daran um die 99. Sitzung unseres Ausschusses. Ich darf, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, - ohne, dass ich mich jetzt wiederhole und nochmals darauf verweise, wie wir diese Fragerunde bzw. diese Anhörung durchführen, weil es ja hinreichend bekannt ist – gleich zur Tagesordnung schreiten und möchte zunächst mit einer Fraktionsrunde beginnen und dann die Befragung entsprechend der Größe der Fraktionen fortsetzen. Bevor ich mit der Befragung beginne, möchte ich für die Bundesregierung Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Otto vom Bundeswirtschaftsministerium herzlich begrüßen, der genauso früh aufstehen musste, wie Sie alle, damit er hier rechtzeitig zur Sitzung kommen konnte. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich beginne gleich mit der Fragerunde. Die erste Runde wird eingeläutet von der CDU/CSU-Fraktion, Herr Kollege Fritz, Sie haben das Wort.

**Abg. Erich G. Fritz (CSU/CSU):** Da ich davon ausgehe, dass die Meisten die Stellungnahmen einzelner NGOs - aus den Beteiligten sind drei aus amerikanischen Ländern -, bereits kennen, und, dass sie einen tiefen Eindruck haben über den inneren Zustand dieser Länder und über die Probleme, die es dort gibt. Deshalb möchte ich fragen, ob denn von den NGOs, jenseits der Auseinandersetzungen über die gesellschaftlichen Zustände, über manche Menschenrechtssituationen, die weitere und tiefere Integration der beiden Länder in die Weltwirtschaft langfristig eher positiv gesehen wird. Positiv in dem Sinne, wie wir aus der Entwicklung Asiens sehen können, dass eine tiefere Integration in die Weltwirtschaft einen insgesamt höheren gesellschaftlichen Fortschritt und schließlich auch den Druck für die größere Beteiligung der Menschen enthält.

Der **Vorsitzende:** Herr Hernández, darf ich Sie gleich um Beantwortung dieser ersten Frage bitten.

**SV Gustavo Hernández (ALOP):** Zunächst vielen Dank. Ihnen allen einen guten Tag. Lassen Sie mich in drei vier Sekunden kurz anmerken, dass ich mich freue und es als Privileg empfinde, an diesem Dialog teilnehmen zu dürfen. Der Dialog ist die Grundlage der Demokratie und des Wohlergehens aller Gesellschaften. Nochmals also meine Anerkennung sowohl für Ihre persönlichen Bemühungen als auch auf parlamentarischer Ebene für die Durchführung dieser Debatte, in der über diese für Deutschland, Europa und die ganze Welt so wichtigen Themen gesprochen wird.

In Bezug auf die Fragen... Es geht im Folgenden um den internationalen Handel aus dem Blickwinkel der Zivilgesellschaft, vor allem aus dem der NGOs. Wir schauen dabei ganz ausdrücklich nicht nur auf die Schwierigkeiten, sondern ebenso auf die Potenziale, die Möglichkeiten.

Der **Vorsitzende:** Wir fahren in Englisch fort, ich habe mich mit ihm verständigt, wenn Sie einverstanden sind.

**SV Gustavo Hernández (ALOP):** Englisch, okay. Sie können mich verstehen, ja? Gut. Guten Morgen allerseits. Wie ich bereits sagte, bin Ihnen wirklich dankbar für den Raum, den Sie mir für Kommunikation und Dialog eröffnen. Dialog ist, wie wir alle wissen, die Grundlage der Demokratie. Ich weiß diesen Einsatz des deutschen Bundestages für echte und tiefe Diskussionen dieser wichtigen Aspekte der Beziehung, des Handelsübereinkommens zwischen Peru, Kolumbien und der Europäischen Union sehr zu schätzen. Wie gesagt, ich erkenne die Bedeutung der Gelegenheit an, hier zu sprechen, und gehe jetzt auf die erste Frage ein.

Handel: Welche Zielvorstellungen vom Handel existieren aus der Perspektive einer Zivilgesellschaft? Unser Schwerpunkt liegt nicht auf den mit dem Handel verbundenen Problemen, sondern auf seinen großartigen Möglichkeiten. Wir glauben an Handel. Handel ist etwas Gutes, denn er kann Wohlstand und unterschiedlich weit gehende gesellschaftliche, wirtschaftliche und umweltbezogene Entwicklungen mit sich bringen. Wir glauben an Handel. Wir glauben an Handel. Handel ist etwas Gutes für Staaten. Konkreter ausgedrückt: Wir brauchen bestimmte Bedingungen, damit der Handel gut ist. Wie Sie erwähnten, müssen wir zuerst die regionale Integration als Weg verbessern, um beim internationalen Handel voranzukommen. Tatsächlich ist das, was ich sage, nichts Neues. Denn unter vielen Gesichtspunkten folgen wir dem Pfad, den die Europäische Union wie auch die einzelnen Mitgliedstaaten am Anfang gingen. Aber um konkreter zu werden: Ich meine den Pfad, den die Europäische Union in der großartigen neueren Geschichte einschlug. Wir müssen zuerst den Binnenmarkt verbessern, um eine bessere Verbindung, eine bessere Integration zu besseren Bedingungen zu den internationalen Märkten erreichen. Also kurz gesagt: Handel ist etwas Gutes. Wir glauben an Handel. Wir glauben an einen Handel, der tatsächlich der Gesellschaft als Ganzes in Hinblick auf wirtschaftliche, gesellschaftliche und auf die Menschenrechte bezogene Standards sowie in Hinblick auf bürgerliche und politische Rechte zugute kommt. Um dies zu erreichen, müssen wir zunächst die intraregionalen Beziehungen stärken und verbessern. Tatsächlich war dies der Auftrag, den der Rat der Europäischen Union für dieses Handelsübereinkommen formulierte: Es sollte ein Übereinkommen zwischen Regionen sein. In dieser Hinsicht unterscheidet sich der Weg von dem der USA und Chinas, die ihre internationalen Handelsbeziehungen über das Modell des bilateralen Vertrags regeln. Der Standpunkt und der Auftrag der Europäischen Union waren ausgesprochen gut. Und wir NROs haben das verteidigt. Wir glauben an Handel, und wir möchten eine neue

Form des Handels: bilateralen Handel zwischen Regionen. Also, das wollen wir nach wie vor. Eine neue Form, eine spezifische Form, die Europa auf andere Weise in andere Verfahren in der Welt einbringen kann.

Der **Vorsitzende**: Ich erteile jetzt das Wort der SPD-Fraktion. Herr Kollege Barthel, bitteschön!

**Abg. Klaus Barthel (SPD)**: Herr Hernandez, vielen Dank, dass Sie hierher gekommen sind. Meine beiden Fragen: Erstens: Welche Ergebnisse sind zu erwarten, wenn die Europäische Union oder einzelne Mitgliedstaaten wie Deutschland nicht ratifizieren würden...

Der **Vorsitzende**: Herr Kollege Barthel, fahren Sie fort. Wir haben nur eine begrenzte Zeit.

**Abg. Klaus Barthel (SPD)**: Wie würde es in Kolumbien aufgenommen, wenn die Europäische Union oder einzelne Mitgliedstaaten das Abkommen nicht ratifizieren würden und welche Erwartungen würden Sie daran knüpfen, wenn wir es annehmen würden und wenn das Abkommen in Kraft treten würde, hinsichtlich der verbindlichen Umsetzung der politischen Proklamationen, die das Abkommen im ersten Teil enthält? Welche Verlässlichkeit und Verbindlichkeit und welchen Druck bzw. welche Verpflichtung würde Ihrer Meinung nach von einer Ratifizierung des Abkommens ausgehen und wie sehen Sie diesbezüglich auch die Unterschiede zwischen dem EU-Kolumbien-Peru-Abkommen und dem entsprechenden Abkommen zwischen Kolumbien und den USA?

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Kollege Barthel. Herr Hernández wenn Sie bitte antworten.

**SV Gustavo Hernández (ALOP)**: Entschuldigen Sie...Würden Sie die Frage bitte wiederholen? Ich weiß nicht, ob es an der soeben begonnenen Übersetzung oder an der Frage lag. Würden Sie die Frage kurz wiederholen?

**Abg. Klaus Barthel (SPD)**: Das Abkommen enthält ja einen Teil über politische Veränderungen z. B. über die Einhaltung von Menschenrechten und Arbeitsrechten. Wie

verbindlich schätzen Sie dieses Kapitel ein und wie verbindlich ist dieses Kapitel im Vergleich zu dem Abkommen zwischen den USA und Kolumbien?

**SV Gustavo Hernández (ALOP):** Und die andere Frage? Oder war es nur eine?

**Abg. Klaus Barthel (SPD):** Die Frage war, nach den Auswirkungen einer Ratifizierung oder Nichtratifizierung auf den politischen Prozess in Kolumbien.

**SV Gustavo Hernández (ALOP):** Perfekt. Bezugnehmend auf die erste Frage: Wir wissen alle, dass allgemein gesprochen, die Handelsabkommen den von der WTO festgelegten Regeln folgen. Es ist sehr wichtig, dass uns das jetzt allen bewusst ist, und dass die Zivilgesellschaft, die seit den Anfängen dabei ist, dies nach und nach gelernt hat: Dass es nach den von der WTO festgelegten Regeln geht. Ich weise so deutlich darauf hin, weil wir in den kurzen Momenten, in denen die Zivilgesellschaft an einer solchen Verhandlung teilnehmen darf, um gehört zu werden, so wie jetzt, um mehr Flexibilität innerhalb der Regeln solcher wirtschaftlicher Abkommen bitten. Und die Verhandlungsführer antworten uns in einigen Fällen und in einigen Regierungen: Wir verstehen Ihren Standpunkt, aber es geht nicht. Das heißt, die Rahmenbedingungen sind nicht flexibel, sie sind von der WTO vorgegeben. Wir möchten das verbessern, um neue Themen einzuschließen, aber es gilt eben der von der WTO festgelegte Rahmen. Das wurde sehr deutlich und hilft mir nun bei der Beantwortung der ersten Frage. Die Vorgaben der WTO, die klassischen Abkommen nach den 90er Jahren, die ökonomischen Abkommen, lassen kaum Flexibilität zu, und davon mal abgesehen, gibt es auch nicht viel Neues darin. Die Abkommen zwischen Peru und Kolumbien und den Vereinigten Staaten ähneln denen der Europäischen Union. Vielleicht ist hier ein Punkt, ein Produkt hinzugekommen, dort ein Produkt herausgenommen, aber sie ähneln sich. Mehr noch: In den eigenen Bewertungen der Verhandlungsführer, also internen Einschätzungen - nicht öffentlichen Bewertungen, sondern internen - sagen vor allem die Vertreter der Europäischen Kommission: Wir haben das Gleiche erreicht wie die Vereinigten Staaten. Es ist in Ordnung, denn es folgt den Regeln der WTO. Außerdem sagen sie, wir haben mehr oder weniger genau das erreicht, was China erreicht hat. Insofern lautet die Antwort, es handelt sich um Abkommen und Rahmenbedingungen nach Vorgaben der WTO ähnlich wie sie zwischen Kolumbien und USA bestehen; zwischen Kolumbien, Peru, der Europäi-

schen Union und Kolumbien, Peru, vor allem Peru und China. Ok? So viel zu der ersten Frage, Sie haben die Möglichkeit diese internen Briefings der Verhandlungsführer der Europäischen Union selbst einzusehen. Ich kann Ihnen Referenzmaterial zu diesen Informationen nennen: Was erreicht wurde und wie das von Europa Erreichte mit dem von den USA und China Erreichten vergleichen lässt. Das Gleiche.

Was würde eine Nicht-Ratifizierung für Peru, Kolumbien möglicherweise bedeuten? Nun, das ist eine sehr komplex Frage, wie Sie ja wissen, kann man die physikalische Teilchenbewegung mehr oder weniger voraussagen, das Verhalten der leblosen Materie lässt sich vorhersagen, aber nicht das soziale Verhalten. In der Gesellschaft kann alles passieren. Mögliche Folgen einer Nicht-Ratifizierung... das hängt von der Perspektive ab. Als Experte, Akademiker, Gutachter müsste man zwischen den verschiedenen Teilen der Gesellschaft unterscheiden. Einige der Akteure in der Zivilgesellschaft könnten sagen: Gut, es ist eine Gelegenheit, weiterhin über wichtige Themen zu debattieren. Bedeutende Themen, wie z.B. wirtschaftliche Themen, über die öffentlich gesprochen werden muss. Mir scheint es eine gute Gelegenheit für das Parlament, diese Themen zu debattieren, die Bestandteil der Verhandlungen mit der Europäischen Kommission waren. Das ist zu begrüßen. Von daher gesehen ließe sich also sagen, dass diese Themen mehr Debatten brauchen, weil sie wichtig sind und großen Einfluss auf die Zukunft vieler Menschen haben. Sicherlich werden einige der Beteiligten sagen: Es ist ein Misserfolg, ein Misserfolg für die Europäische Kommission, weil wir mehr Freihandelsabkommen benötigen, um Märkte zu erschließen. Die Reaktionen werden je nach Standpunkt der Beteiligten sicherlich unterschiedlich ausfallen.

Der **Vorsitzende**: Als nächstes hat das Wort für die FDP-Fraktion Herr Dr. Martin Lindner.

**Abg. Dr. Martin Lindner (FDP)**: Zunächst einmal würde ich mich freuen, wenn Sie uns eine Einschätzung der politischen Lage in Kolumbien und Peru geben könnten. Ist denn der von den Regierungen eingeschlagene Weg zur Eindämmung der Gewalt, für Wirtschaftsreformen und zur Entwicklung der demokratischen Strukturen nicht als positiv anzusehen? Was meinen Sie denn, worauf die Kritik an gerade Kolumbien und Peru als freiheitliche Länder abzielt? Kann es vielleicht daran liegen, dass die Modelle dieser beiden Länder wirtschaftlich deutlich erfolgreicher sind als diejenigen von politisch anders ausgerichteten Ländern in der Region, wie etwa Ve-



nezuela und Kuba? Ist da nicht gerade dieses Abkommen hilfreich, diesen Ländern - Kolumbien und Peru - diesen erfolgreichen Weg weiter zu ebnen und sie auf diesem Weg weiter zu stärken?

Der **Vorsitzende**: Ich bitte um Konzentration. Um 8:30 Uhr soll die Sitzung beendet werden. Herr Hernández, ich bitte Sie um Beantwortung.

**SV Gustavo Hernández (ALOP)**: Kurz gesagt, zeichnet sich die Situation in Lateinamerika insgesamt, verglichen mit anderen Jahrzehnten in der Geschichte Lateinamerikas, durch ein wirtschaftliches Wachstum aus, ein Wachstum das aktuell das europäische übersteigt. In diesem Umfeld wirtschaftlichen Wachstums gibt es Konflikte, Probleme – denn alles hat seine guten und seine schlechten Seiten – Probleme also, die im Unterschied zu den vergangenen Jahrzehnten nicht mehr die Politik und Bürgerrechte betreffen, die Rechte erster Ordnung, sondern jetzt sind es sozial-ökologische Konflikte. Eine Hilfe zum Verständnis der Situation in Peru und Kolumbien: Es herrscht zwar Wirtschaftswachstum, aber nun wird stattdessen erstaunlicherweise gegen wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Rechte verstoßen, nicht gegen politische. Dieser Situation sehen sich auch andere Regierungen in Lateinamerika mit ebenfalls hohen Wachstumsraten gegenüber. Auch dort ist die Demokratie nicht das Problem, sondern die Verstöße gegen ökonomische, soziale und ökologische Rechte, die mit dem Wachstumsmodell einhergehen. In dem besonderen Fall von Peru und Kolumbien, basiert das Wachstum vor allem auf dem Exportboom bei der Ausfuhr von Rohstoffen, denn nun, im Augenblick der technischen Revolution, der neuen industriellen Revolution, sind die Preise für Rohstoffe – Verbrauchsstoffe für die Produktion von Mobiltelefonen und neuen Technologien – sehr hoch. Eine entsprechend starke Preisentwicklung erlaubt diesen Volkswirtschaften, vor allem Peru und Kolumbien, Wachstumsraten von 5-6 Prozent im Jahr zu erzielen. Aber Vorsicht, beispielsweise die Wirtschaftsstudien der Wirtschaftskommission für Lateinamerika, CEPAL, das Programm der Vereinten Nationen für Lateinamerika, machen darauf aufmerksam, dass dieses Wachstum nicht lange dauern kann, weil es von den Preisschwankungen abhängt. Das Wachstum wird nicht von industrieller Produktion getragen. Ebenso wenig ist das Wachstum einer starken Binnenwirtschaft geschuldet, das Wachstum basiert auf dem Export von Rohstoffen. Daher sprechen auch einige Experten von einer Reprimarisierung der Volkswirtschaften, einer Verla-

gerung auf den Primärsektor, nicht nur in Peru und Kolumbien, sondern auch in Brasilien, denn Brasilien hatte zuvor eine starke Industrie und verliert diese nun. Brasiliens Wirtschaft konzentriert sich derzeit ebenfalls auf Bodenschätze und Soja, Rohstoffe. Und erlauben Sie mir abschließend die vorhergehende Frage zu beantworten, ich habe etwas vergessen... Sie haben das bereits von anderen Experten gehört: Die Verankerung sozialer Elemente und Menschenrechte bzw. der in dieser Hinsicht verpflichtenden Bestimmungen in den Abkommen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es ist klar, dass es in der Hauptsache um Wirtschaftsverträge, also Übereinkommen nach den Regeln der WTO geht, und dass die demokratischen Klauseln eine Ergänzung sind, sie sollen dabei helfen, die Standards anzuheben, haben jedoch juristisch nicht die gleiche Bindungswirkung wie die ökonomischen Übereinkünfte.

Der **Vorsitzende**: Für die Fraktion DIE LINKE. hat das Wort Frau Kollegin Lötzer.

**Abge. Ulla Lötzer (DIE LINKE.)**: Herr Hernández, mich würde schon noch einmal etwas konkreter interessieren, wie Sie als zivilgesellschaftliche Organisation die Auswirkungen auf Umwelt und auch die damit verbundenen sozialen Folgen konkret betrachten? Welche Folgen wird es in den Ländern selber haben? Meine zweite Frage geht in Richtung der regionalen Integration zwischen den Andenländern untereinander: Werden da Konflikte zwischen den Andenländern verschärft? Welche Entwicklungen sehen Sie da?

**SV Gustavo Hernández (ALOP)**: Zwei schwerwiegende wirtschaftliche Konsequenzen – Folgen können negativ oder positiv sein – zwei wirtschaftliche Konsequenzen, volkswirtschaftliche, mit direkten Auswirkungen auf soziale und ökologische Themen. Die erste Folge dieser Handelsabkommen nach Regeln der WTO sind die Negativeffekte auf diese Volkswirtschaften. Kolumbien und Peru sind relativ klein, es sind keine großen, wie Brasilien, es sind auch keine wie China, es sind relativ kleine Volkswirtschaften, sie sind keine wirtschaftliche Bedrohung für die großen Wirtschaftsmächte. Eine erste ökonomische Konsequenz ist, dass die Regierungen dieser kleinen Volkswirtschaften ihren politischen Handlungsspielraum verlieren, um Maßnahmen zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen einzuführen. Abkommen dieser Art geben internationalen Handelspartnern Garantien, daher profitieren

die wettbewerbsstärkeren Unternehmen weit mehr davon. Die Regierungen, in diesem Fall von kleinen Volkswirtschaften wie Peru und Kolumbien, verlieren Ihren Handlungsspielraum, um kleine und mittlere Unternehmen zu fördern. Nebenbei bemerkt, trifft das auch auf ATA zu, kleine und mittlere Unternehmen bieten der Bevölkerung die meiste Arbeit, weniger Wachstum, weniger Bruttoinlandsprodukt, aber mehr Arbeit. Erste Konsequenz: Weniger politischer Handlungsspielraum für diese Regierungen.

Die zweite Konsequenz, die ich zuvor bereits kommentiert habe und die in der von der Europäischen Kommission selbst finanzierten Untersuchung zu den Auswirkungen ganz deutlich wird. Die Europäische Kommission gab eine Studie in Auftrag, um die Auswirkungen auf den Handel einschätzen zu können, und diese Studie, die auf der Website Digi Trade der Europäischen Kommission einzusehen ist, ergibt: Eine wirtschaftliche Folge ist die „Reprimarisierung“ der Volkswirtschaften von Peru, Kolumbien, die vor allem im Aufschwung des Bergbaus zum Ausdruck kommt. Der Hauptexporteur Perus ist derzeit der Bergbau. Welche Konsequenzen hat dieser Bergbau in großem Stil? Auswirkungen auf Arbeitsbedingungen, die wir alle kennen, aber wichtiger noch sind in diesen dreißig Sekunden die Konsequenzen für die Umwelt. Kolumbien und Peru gehören zu den vier artenreichsten Ländern der Welt. Diese Information war für mich eine Überraschung. Kolumbien ist die Nummer zwei unter den artenreichsten Ländern der Welt. Peru liegt an vierter Stelle. Wir betreiben Bergbau in großem Stil in den ökologisch sensibelsten Gebieten unseres Planeten, im Amazonasgebiet. Wir betreiben großangelegten Bergbau in der Lunge unserer Erde. Warum? Weil China das auch macht? Wir müssen, wie Europa, sehr viel fortschrittlicher denken. Setzen wir auf eine grüne Wirtschaft, nicht auf eine braune. Die Europäische Union besitzt genug Vorstellungskraft, um ihrer Wirtschaft eine andere Richtung zu geben, eine Wirtschaftsform des 21. Jahrhunderts zu etablieren, die sehr viel fortschrittlicher ist.

Der **Vorsitzende**: Als letzter Fragesteller hat Herr Hoppe von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Abg. Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Herr Hernández, ich möchte gerne zwei Sektoren beleuchten. Zunächst den Agrarsektor: Durch die Abkommen werden die beiden Länder gezwungen 90 % ihrer Einfuhrzölle zu eliminieren. Welche Aus-

wirkungen kann das, gerade auch für die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Peru und Kolumbien haben? Ich sage dazu, dass wir im Entwicklungsausschuss mehrere Anhörungen gemacht haben und sagen, dass es gerade zur Verbesserung der Ernährungssouveränität wichtig ist, den kleinbäuerlichen Sektor stärker zu fördern und zu unterstützen: Sehen sie die Gefahr, dass durch die Einfuhr von hochsubventionierten Agrargütern aus der Europäischen Union dort möglicherweise z. B. die Milchwirtschaft zunichte gemacht wird. Der zweite Punkt ist der Bankensektor: Die Abkommen sehen eine Liberalisierung des Bankensektors und die Liberalisierung von Kapitalzuflüssen vor. Es gibt einige Studien, die davor warnen, dass dadurch die Geldwäsche enorm erleichtert wird, was im Kampf gegen die organisierte Kriminalität - die in Lateinamerika ja leider eine große Rolle spielt - eine große Erschwernis darstellen könnte. Sehen Sie das ähnlich?

**SV Gustavo Hernández (ALOP):** Es ist auch klar, dass es bei einem Handelsabkommen immer Verlierer und Gewinner gibt, mehr noch bei Abkommen nach den Regeln der NAFTA, wo es, sagen wir, bestimmte Bereiche gibt, die wettbewerbsstärker sind und stärker von den Vorteilen profitieren, die der internationale Handel bietet. Wir wissen, dass der Agrarsektor in Europa sowie in Lateinamerika, nicht zu den wettbewerbsstärksten Bereichen gehört, sondern einer der verletzlichsten ist, es sei denn, er erhält staatliche Subventionen. In der Europäischen Union ist dies der Fall, der Agrarsektor ist auf internationalem Niveau wettbewerbsfähig, aufgrund der Subventionen, die der Staat gewährt, und das ist eine wichtige Maßnahme. Darauf habe ich mich bezogen, als ich vom Handlungsspielraum des Staates für Entwicklungsmaßnahmen sprach, der Förderung derer, die ohne Unterstützung im internationalen Handel nicht konkurrieren können. Ein Ausgleich dieser strukturellen Unausgewogenheit durch staatlich geplante Maßnahmen scheint in diesen Volkswirtschaften recht schwierig, nicht wahr? Also ist der Agrarsektor sicherlich am meisten betroffen. Ich mache das anhand eines Beispiels klar. Ich habe die Verhandlungen aus dem Blickwinkel der Zivilgesellschaft verfolgt. An einem Punkt sprachen sich bestimmte europäische landwirtschaftliche Gremien gegen die Abkommen aus, vor allem mit Kolumbien, weil sie sich durch die Senkung der Zölle für Bananen bedroht sahen. Kolumbiens Interessen liegen beispielsweise im Export von Bananen, daher wandten sich bestimmte europäische Erzeugergruppen gegen das Abkommen, vor allem die kanarischen Erzeuger. Der Staat, die Europäische Union, konnte einen Ausgleichs-

fonds schaffen, um den negativen Auswirkungen entgegenzuwirken, und so weiter. Diese Ausgleichsfonds gibt es bei den Volkswirtschaften Peru und Kolumbien natürlich nicht, denn es handelt sich um sehr viel kleinere Volkswirtschaften und ihre Unternehmen können international nicht konkurrieren. Wir wissen, es gibt Gewinner und Verlierer bei diesen Freihandelsabkommen, und der Staat muss einen Handlungsspielraum haben, um die kleinen Erzeuger zu fördern. Die Frage ist, ob Peru und Kolumbien über genug Spielraum, politischen Willen und vor allem Kapazitäten und Flexibilität verfügen, um die kleinen Erzeuger zu fördern. Bankensektor... Sie haben bereits eine kurze Rede von einem Experten gehört und ich glaube, es ist klar, was die Studien zeigen. Die Freihandelsabkommen, die Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit nach den Regeln der WTO, stammen aus den 90ern und wurden vor Krisenzeiten ausgearbeitet, entwickelt und eingeführt. Mittlerweile sind zwanzig Jahre vergangen und ich glaube, dass hinsichtlich der finanziellen Aspekte seither manches, sehr vieles geändert hat, was uns ja zum Teil in der Finanzkrise sehr deutlich geworden ist, richtig? Ich bin der Meinung, dass diese Handelsabkommen auch neu entworfen werden müssen, denn die Gesellschaft hat sich verändert; diese Abkommen gehen von Rahmenbedingungen aus, wie sie die WTO in den 90er Jahren vorgefunden hat. Heute müssen wir daran ein paar Dinge ändern. Daher die hohe Bedeutung der Alarmbereitschaft auf den Kapitalmärkten.

Der **Vorsitzende**: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich zunächst herzlich bedanken bei Ihnen, Herr Hernández. Sie waren auch derjenige, der zu diesem Thema am umfangreichsten schriftlich Stellung bezogen hat. Sie standen uns heute Morgen zur Verfügung. Wir haben weitere Erkenntnisse gewonnen, die wir jetzt in die Parlamentarische Arbeit mit einbringen werden. Ich darf mich nochmals herzlich bei Ihnen für Ihr Erscheinen bedanken und schließe die Sitzung.

**Ende der Sitzung: 08:35**

**Zo/WI 1/KA**